

Er scheint täglich
sonntags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.
Abonnementpreis
monatlich 50 J. 1/2 Jährl. 1.50 J.
Jahresabonnement frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 J.
"Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage) durch
die Post bezogen, kostet
monatlich 10 J. 1/2 Jährlich 30 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Hof parterre rechts.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

St. 109.

Halle a. S., Mittwoch, den 11. Mai 1898

9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

11. Mai. In Berlin erschien am Abend des 11. im Brechtischen Staatsanwalter in Folge des Ministeriums unter dem Titel „Aufforderung an den Prinzen von Preußen zur Rückkehr nach Berlin.“ wieder folgende Mahnung: „Nicht lange mehr wird die erregte Begeisterung der Uebereizung sich verheißeln, daß die Milderkeit des Charakters die sichere Gewähr für das aufwache, männliche Beharren auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfnis für das Wohl des Volkes erkannt hat, und diese Uebereizung, bezweckend und gefördert durch den freimüthigen Anschlag an den neuen Zustand, durch das Beharren und mit ihnen wird von den gemischten Gefühlen eines heroischen Kampfes als neuen Volksmannes bald nur die edelsten Bestandteile zurücklassen. — Wir stellen hiernach Ew. Majestät alleruntertänigst anheim, Se. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen die Abfertigung des Kaiserholts in England zu empfehlen.“ Die Antwort des Königs war bezeichnend; sie besagte, daß der König den Major Baum zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen ernannt habe mit dem Auftrage, dem Prinzen die Aufforderung seines Vaters zur Rückkehr zu überbringen. Viele Alerandriaden machten in Berlin einen sehr unangenehmen Eindruck und riefen große Erregung hervor. Der Prinz, gut allgemein als dem neuen Stande der Dinge durchaus feindlich gesinnt, und so erregt war die Stimmung der Mehrheit der Berliner Bevölkerung in den Wochen nach dem 18. März gegen den Prinzen, daß in ganz Berlin nur vier Besuche gemacht haben sollen, seinen Namen in das öffentliche Gedächtnis einzuschreiben. Gegen die nur bedingte Wiedereingliederung wurden durch Versammlungen, sowie durch die Presse und durch Maueranschläge viele Proteste laut.

Parteiengenossen!

Der unterzeichnete Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich anlässlich der bevorstehenden allgemeinen Wahlen zum Reichstag als Zentral-Wahlkomitee für das Deutsche Reich konstituiert.

Alle Wünsche in Bezug auf Agitation oder materielle Unterstützung, soweit sie nicht von der lokalen oder Kreis-Komitees getrieben, sind an die Adresse des Parteibureaus

Z. Auer, Berlin SW., Raßbachstr. 9,
zu richten.

Wir wünschen, daß seine Angelegenheit rasch Erledigung finde, darf nur diese Adresse wählen und nicht, wie es nicht selten immer noch geschieht, an die Redaktion des Volksblatts oder an die Privatadresse einzelner Genossen sich wenden. Gerade in den nächsten Wochen des Kampfes und der lebhaftesten Agitation, wo alle unsere agitatorischen Genossen vorübergehend nicht in Berlin sein werden, empfiehlt es sich, in Parteianglegenheiten nur die Adresse des

Parteibureaus

zu benutzen.
Für Geldsendungen ist einzig die Adresse:
Alwin Gerich, Berlin SW., Raßbachstr. 9
in Anwendung zu bringen.

Parteiengenossen! In den nächsten zwei Monaten muß es sich zeigen, was unsere Parteiarbeitung zu leisten vermag. Wir sind überzeugt, daß sie die Probe glänzend bestehen wird. Romanische Voraussetzungen, die uns in jeder von uns seine Pflicht im vollen Umfange thun wird. Wir erwarten dies von allen Genossen und werden auch unterrichten thun, was in allen Kreisen steht.

Parteiengenossen! Unsere Partei hat in fast allen Wahlkreisen des Deutschen Reiches den Wahlkampf aufgenommen und zwar besonders auch in jenen Bezirken, wo die sozialdemokratische Bewegung bisher nur geringe Verbreitung gefunden hat.

Diese Ausdehnung des Wahlkampfes erheischt gewaltige organisatorische und auch finanzielle Mittel. Was jene betrifft, so erwarten wir, daß jeder Parteigenosse Agitator im Wahlkampf sein wird. Wer es nicht in Person kann, sollte in Vertretung sein kann, der fahre in die Kreise, die im Bereich mit Bekannten Anhänger für unsere gute Sache zu gewinnen.

Neben der Agitation verfolge aber auch niemand sein Scherlein in den Wahllokalen begünstigen. Der Wahlkampf kostet den Vertriebenen; sie müssen aufgebracht und sie werden spielen aufgebracht werden, wenn die Genossen überall und bei jeder passenden Gelegenheit sich des

sozialdemokratischen Zentral-Wahlfonds,
Alwin Gerich, Berlin SW., Raßbachstr. 9,
einsetzen.

Die Rechte und Interessen, die im bevorstehenden Wahlkampf für die deutsche Arbeiterpartei auf dem Spiele stehen, sind fürwahr eines Opfers wert, und wir wissen, daß die Genossen das Opfer mit freudiger Begeisterung bringen werden.

Besonders aber fordern wir die Genossen auf, die Wahlagitation nicht vorübergehen zu lassen, ohne während derselben mit leuchtendem Nachdrucke für die Verbreitung unserer Presse einzutreten. Unsere Presse ist unsere beste und schärfste Waffe. Bei keiner Versammlung und

auf keinem Feste, bei keiner anderen Gelegenheit soll veräußert werden, daß das Abonnement unserer Parteiorgane hinzunehmen. In der Wahlagitation können behatwende neuer Abkommen gewonnen werden, damit ist auch für die Zukunft ein gewisses Stück Arbeit gesichert.

Parteiengenossen! Vorwärts! Vorwärts zum Kampf!
Vorwärts zum Sieg!
Berlin, 7. Mai 1898.

Der Parteivorstand.

Auer. Bebel. Gerich. Pfannkuch. Singer.

Tagesgeschichte.

Freiwilliger Männerstolz vor Königsstreu.
Ueber das parlamentarische Diner beim Kaiser erzählt ein Bericht:

Allgemein fiel die sonderbare Art aus, wie der freiwillige Abgeordnete Knöde sich während dieses Creuels benahm. Er umschloß sich den Kaiser, obwohl ihn von verschiedenen Seiten mit recht vernünftiger Stimme rufe gelegt wurde, daß das nicht passen sei. Ob Herr Knöde nur etwas von den Gesprächen erhascht oder um jede Gegebenen werden wollte, blieb unentschieden. Jedenfalls hat er den letzten Zweck nicht erreicht. Ueberhaupt wurde die Szenerie nicht bemerkt, daß der Kaiser mit Ausnahms des Vizepräsidenten Schomb, kein einziges Mitglied der freiwilligen Fraktion des Reichstags ins Gespräch zog, obwohl z. B. die Herr v. Rangenhaus und Wandel wiederholt so fanden, daß sie dem Blick des Kaisers nicht entgehen konnten.

Arme Freiheitsmänner! Ja, man wandelt nicht ungestraft in Monarchenpalästen, wenn man „Volksmann“ sein will!

Zur Frage der Brotsteuerung schreibt der Vorstand: „Richtig ist, daß der Krieg eine Erhöhung der Getreidepreise hervorgerufen hat, die mit den Getreidepreisen in seinem Zusammenhang steht; allein richtig ist auch, daß in den Ländern mit Getreideüberschuß die Kornpreise sich über den Kriegspreis hinausgetrieben sind. Und gegen diese künstliche Brotsteuerung hat sich der Volksgenoss in Italien und Frankreich gewandt und hierer künstlichen Brotsteuerung hat die italienische und hat die französische Staatsregierung durch Suspension der Getreidezölle mit Rücksicht auf die Interessen des Volkes ein Ende gemacht. Die deutsche Reichsregierung hat anders gedacht und gehandelt. Sie, die unpartheiische, stand fester auf Seiten der Agrarier und Schutzvölker, als die Parteiregierungen Italiens und Frankreichs. Sie hat sich schuldvolliger erwiesen als Herr Meline, der schuldvolligste der französischen Schutzvölker. Das deutsche Volk wird sich das merken!

Am 16. Juni ist großes Gericht über die Brotsteuerer und Großkornwucherer nicht Gelfersheim. Der Hunger ist unser Bundesgenosse und der Hunger ist nicht bloß der beste Koch — er ist auch der beste Bundesgenosse.“

Die Agrarier klagen, die Kornsteuerung sei darauf zurückzuführen, daß im vorigen Winter und im frühjahr große Mengen von Weizen aus Deutschland nach Oesterreich ausgeführt worden seien. Erstens weist nun die Statistik nach, daß die Gesamtmenge im gedachten Zeitraum nur 15 Millionen Markt betrug, was gar nicht erheblich ins Gewicht fällt. Dann ist aber auch die Ausfuhr von Weizen nach Oesterreich gefördert worden durch die billigen Ausfuhrzölle auf den Eisenbahnen, welche auf Betreiben der Agrarier seit dem 1. Januar 1898 eingeführt worden sind. Gerade die Agrarier haben sich bis vor kurzem in der Deutschen Reichsregierung nicht hervorgegeben, wie sehr die Oesterreicher in Bezug auf Einfuhr in dem 1. Quartal 1898 zugenommen habe.

Von der Zerfallung. Ueber die Sammlung schreibt der Vorstand:

„Aber gewissen Seiten werden allerdings leicht zu beschuldende Mängel gemacht, um die Agitation bei dem Sammlungsgebiete zu bremsen. So spricht man von der Notwendigkeit ein Komitee gegen die Sozialdemokratie; zu diesem Zweck sei es aber nicht erforderlich, daß alle Komitaten das „Leuzenode“ die „Sonderwünsche“ ausstellen lassen. Dann sind wir von der Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Partei über die Reichstagswahl überzeugt, aber warum wir deshalb zum Beispiel von unserer Arbeit, eine Regulierung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe (das ist die Umdeutung der im agrarischen Fortwucherer a la Antea King) wird zu erreichen, sein schließlich schweigen sollen, das verstehen wir nicht. Wir sehen nicht ein, was als wir in diesem Kampfe unsere agrarische Forderung, die uns am bequemsten ist, anlegen und in die Regierungsjournale schieben sollen.“

„So „gesammelt“ darf werden, aber nur zum Besten des reinen Agrarierums! Sollte die „Sammlung“ etwas anderes bezwecken, als die finanzielle Förderung des Fortwucherers, dann hat sie für das Agrarierium keinen Zweck! Das ist einfach und deutlich! Todgedenken die Nationalliberalen nicht erlangen, gehörst in die agrarische Zwangsjacke zu schlüpfen.“

Der Reichshandwerk Althardt weiß, wie er die Helmetmetron für sich zu rühren hat. Am Freitag ver-

Infektiongebühren
betragen für die höchsten
Beiträge oder deren Raum
15 J. für Wohnort.
Vereins- und Veranlassungs-
angelegen 10 J.
Im reaktionären Teile
kostet die Stelle 50 J.
Inferate für die fällige
Nummer müssen höchstens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Be-
setzungsliste unter Nr. 7001.

landte er große gelbe Plakate folgenden Inhalts: „Reichstagsabgeordneter Althardt ist durch Einladung zur kaiserlichen Hofstafel leider verhindert, dem Vortrag zur angeforderten Zeit zu folgen.“ u. s. w. — In dem ununterrichteten Leser wird hierdurch der Glaube erweckt, als ob der Kaiser Althardt eine besondere Ehrenbeurteilung zu teil werden lassen. Bekanntlich haben sämtliche Reichstagsabgeordnete ohne Unterchied der Parteizugehörigkeit zum Freitag abend Einladungen zur kaiserlichen Hofstafel erhalten, wenn sie vorher ihre Absicht, dort zu erscheinen, durch Kartenabgabe bekundet hätten. Es charakterisiert außerdem den Reichshandwerk, daß er eine ihm erwiesene Ehre als besondere Ehrung hinstellt.

Ausland.

Oesterreich. Die Schraube ohne Ende wird auch in Oesterreich lustig weitergedreht. Die Regierung fordert einen Nachtragkredit von 30 Mill. Gulden.

Ein neuer Wassereintrich hat im Jupiterstich bei Brügg stattgefunden. Ein Pumpenwärter und ein Striger wurden getötet. Zur Einbruchsstelle konnte man noch nicht gelangen.

Frankreich. Montag nachmittag waren 561 Wahlergebnisse bekannt, so daß nur noch 20 fehlten. Die Zahl der Stichwahlen betrug 178. Gewählt sind 174 Republikaner, 31 Katholiken, 37 Konfessionale, 112 Radikale und Radikal Sozialisten und 24 Sozialisten. Ueber den Gewinn und Verlust an Mandaten widerprechen sich die Meldungen so stark, daß erst das volle Ergebnis abgewartet werden muß, um einen sicheren Ueberblick zu gewinnen. Die Sozialisten verloren zwei Sitze und gewannen 5, nach anderer Meldung 7.

Italien. Hungerrevolten. Am Sonntag ist es erneut in vielen Städten zu ersten Zusammenstößen mit Militär und Polizei gekommen. Und während das Blut der erschöpften Wollschleifer noch das Pflaster röte, wurde in Turin mit großer Pompe ein Fest gefeiert zur Erinnerung an die Eröffnung des ersten Parlaments vor 50 Jahren. König Humbert hielt dabei eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Als Hüter der Freiheit Italiens habe ich mich in Ihrer Mitte erheben wollen. Als darauf, die Abhängigkeit von Rom mit zu heben. Von Rom bringe ich sie nach Turin, mein Turin, wo geboren zu sein mein Stolz ist. ... Das Volk habe und hat in meinem Hause einen Dolmetscher seines Schmerzes, und mein Haus war und ist auch aufgebaut auf dem Vertrauen des Volkes. Durch diese unlinge Harmonie werden unsere Einrichtungen sich stets fruchtbarer gestalten für die Krone und das Wohl des Landes.“

Wer versteht denn nun das Zeugnis besser: Humbert oder sein Ehren-Gesip?

Griechenland. Am gestrigen Montag wurden die beiden Attentäter Karidis und Giorgis hingerichtet.

Krieg zwischen Spanien und Nord-Amerika.

In spanischen Parlament kam es zu einer heftigen Episode. Der Reichstag tadelt das Ministerium und erneuert dann an das Wort eines bühnenhaften Redner: Wehe den Soldaten, die von Frauen und Kindern regiert werden; Gottes Fluch lastet auf ihnen. (Widerbruch) Sofort sprach der Ministerpräsident Sagasta auf und erwiderte, dass die Worte nicht in der Kammer auszusprechen seien, sondern außerhalb des Parlaments. — Das ist wenigstens ein gebildetes Wort nach dem alten Spruch: „Und Du bist halt mein Schapel, aber sagen darfst das net, wenn's die Frau erst mal wissen, nachher kommt noch ins Gericht.“

Ueber eine neue Seefischerei in den Gewässern von Schottland wird berichtet, daß bei Monte Christi starker und anhaltender Regenwetter beobachtet werden ist. Ueber den Wasserstand gemeldet, er sei für die Spanier günstig gewesen, doch wird diese Werbung durch seine Spatanden bestritt.

Der Reichstag wird von Kautskoren aus eine starke Beziehung nach der Philippinen fordern.

Die Unruhen in den spanischen Provinzgebieten sind noch nicht beendet. Im Bergwerksdistrikt von Bilbao ist es am Sonntag zu bemerkenswerten Kundgebungen gekommen.

Soziales.

Der Streikbailiud. Der Baumeister Algi in Texara (Sachsen) veröffentlicht in der Gewerkschafts-Mitg. Ztg. ein Inleat, in dem er den Verkauf eines nahe am Wohnort gelegenen Grundstücks, das sich vorzüglich zu einem großen Fabrikabstammung eigne, anzeigt. In dem Inleat heißt es: „Der Bau wird mit allen Vorarbeiten zu solchen Preisen ausgeführt und der Genußvorteil liegen keine Schwierigkeiten im Wege, so daß jedwede Fabrikation auf betreffendem Grundstücken zur Ausführung gelangen kann. Auch stehen gute und billige, nicht mit Streik behaftete Arbeiterkräfte hier zur Verfügung.“ Die beschriebenen Charakter der Streikfreiheit, von der man nie weiß, wann und woher sie kommt, scheitert der gute Mann gar nicht zu lennen. Der Streikbailiud tritt auch plötzlich auf und verneht sich riesig schnell, namentlich wenn die Arbeiterge Dummköpfe oder rohe Bursten sind.

Lehrer und Kinderfreunde.

In Breslau wird kommende Pfingsten die deutsche Lehrervereinigung tagen. Lehrer Fischer und Berlin wird dabei über die gewerbliche Kinderarbeit referieren und über die Schäden, welche dieselbe für die Jugendbildung mit sich bringt. Die von Fischer angefertigten Beiträge lauten: 1. Aufmerksamkeit Beobachtungen und häusliche Erhebungen haben ergeben, daß die gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit in weiten Gebieten des Vaterlandes eine überaus große Verbreitung gefunden hat. 2. Es liegt nahe und ist vielfach nachgewiesen, daß hierbei durch fortwährende Lebensverhältnisse, Unbillen der Witterung, Arbeit in ungesunder, mangelhaft befahenen Räumen, einträgliche, dem Geist abkämpfende Tätigkeit die Gesundheit der Kinder gefährdet und vielfach ihre körperliche und geistige Entwicklung verübeln merkt wird, daß ferner durch gewisse Beschäftigungen (Spinnerei, Weberei, etc.) die Gesundheit der Kinder, die Teilnahme an Spielen, die Erziehung, die geistige und körperliche Entwicklung und unter anderer Trennung der Geschlechter die moralische Erziehung leidet. 3. Darum ermahnen auch der Schule schwebende Kinder. Diese bestehen in Erschlaffung und Stumpfheit der Kinder während des Unterrichts, in den ungesunden häuslichen häßlichen Verhältnissen und Schulverhältnissen und in aufstößigen geringen Fortschritten, sowie darin, daß die erwerbstätigen Schüler infolge der beschränkten Mängel meist am Sonnabend für die geistige und sittliche Entwicklung sämtlicher Schüler werden. 4. So sehr die Kinderarbeit an sich für die gewerbliche Arbeit der Beschäftigten und verdingten Arbeiter als wertvolles Erziehungsmittel zu empfehlen ist, so sehr ist sie in der Form der Erwerbstätigkeit, mit der eine Ausbeutung der Kraft des Kindes fast mit Notwendigkeit verbunden ist, von pädagogischen Standpunkten aus zu verwerfen. Für vollständigere Erziehung während des Schuljahres, die in der Freizeit der Erwerbstätigen zu ermöglichen ist, ist es zu empfehlen, 5. So lange aber die sozialen Verhältnisse, namentlich die Verhältnisse abtrüder Familien, die Durchführung dieser radikalen Maßregel noch unmöglich machen, muß wenigstens eine weitgehende Einschränkung der Erwerbstätigkeit der Kinder angeordnet werden. Nach dieser Richtung hin erscheint als durchaus notwendig: a) das Verbot jeder Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuchs durch Rücknahme oder die erwerbstätige Beschäftigung der Schüler, insbesondere Befreiung der Hülfsschulen, sowie solcher Dispensationen vom Schulbesuch, die im Interesse der Erwerbstätigen zu bestehen; b) Jede erwerbstätige Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren ist zu verbieten; c) Ebenso die Arbeit alterer Kinder morgens vor Beginn der Schule, nach 6 Uhr abends und an Sonntagen; d) Die Dauer der regelmäßigen Beschäftigung ist möglichst kurz zu bemessen. Bei der Arbeit müssen diejenigen besonderen Mächten auf Gesundheit und Sittlichkeit genommen werden, die durch das jugendliche Alter geboten sind; e) Ganz zu verbieten ist: Säuern, Beschäftigung in Werkstätten, bei Schweißarbeiten und bei Tätigkeiten; f) Die häusliche Beschäftigung in und um die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und in der Landwirtschaft ausdehnen; g. Die deutsche Lehrervereinigung spricht den lebhaftesten Wunsch aus, daß die kirchlich seitens der Kirchenverbände angenommene Stellung über die erwerbstätige Arbeit schulpflichtiger Kinder unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterkinder durch die Arbeit in verschiedenen Abteilungen wiederholt und auch auf die Arbeit in der Landwirtschaft ausgedehnt werde. Hauptsächlich nimmt der Vortrags die recht verständigen Teilen an. Von der Regierung ist dagegen leider nicht zu erwarten, daß sie den Kinderbeschäftigung durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen wirksam gestaltet. Dazu befindet sie sich schon viel zu sehr unter dem Banner des agrarischen und industriellen Kapitalismus. Billiges Menschenfleisch ist ja das Hauptnahrungsmittel des kapitalistischen Drachen, und Kinderfleisch ist am billigsten.

Politisches und Gerichtliches.

3. Sächsisches. Auf der letzten Parteikonferenz des 22. Reichstagsmilitärs, Präsidenten, fand auch eine Vertagung der Antisemitischen Liga statt. Der Vorsitzende, Herr Dr. Richter, sprach über die Bedeutung der Parteikonferenz, die die Sozialdemokratie oder sozialrevolutionäre Verbände und das Abingen revolutionärer Vordenkenden und nach Schluss der Vertagung verboten ist und Parteiverbände mit einer Ordnung, welche die Höhe von 150 M. oder vierzehn Tagen Haft bestrafen sollen.

Parteinachrichten.

Totenliste der Partei. In Chemnitz ist der bewährte Parteigenosse H. S. Brauns im Alter von 75 Jahren gestorben.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Leipziger Feilenhauer und Schleifer dauert fort. Die Arbeiter in Ansbach haben sich mit den Unternehmern auf eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde geeinigt.

Strafen oder dienen?

Roman von W. Raufsch.

2) Dieser Mitternachts bräute ihn tief herab, als er sich selbst eingelen wollte; er raubte ihm alle Freude und die Betrüben an sich selbst; fürchte er doch, daß er immer erreichen werde, was er erreichen wollte. Weil seine körperlichen Kräfte unzureichend seien. Aber kein Mensch ist so streng gegen sich selbst, um alle Schuld seines Unglücks sich allein zuzurechnen, er fragt auch seine Umgebungen, er er macht auch die Verhältnisse, in denen er zu leben gezwungen ist, er macht seine Umgebung mit dafür verantwortlich, und besonders nicht mit Unrecht, Kräfte, die allen niedrigen Instinkten zum Trotz sich entwickeln können, die das Ungemach sticht, ausdauernd und selbstvertrauen, aber auch rücksichtslos macht, gibt es wohl, aber sie sind selten genug. Alfred gedachte nicht zu ihnen. Seine ganz Empfindlichkeit, sein leid er dachte, er würde, die umgeben, die umgeben, die umgeben ihm ein Segen wurde, das Unbegreifliche verwandelte sie in peinigende Furchen. Er beschwerte sich über den Zustand und verständiger Ermunterung er brauchte, wie die meisten Menschen, den Sonnenchein des Glücks, um sich frei entfalten zu können und ließ wohl zu ihnen, er hatte mit höchsten Gabe davon gearbeitet, sich seines Wohlstandes zu erfreuen; nun glänzte es das Vertrauen in seine künstlerischen Leistungen erschütterte, er mußte es wieder befehlen. Aber wie? Er sollte Neues, Besseres schaffen, aber er hatte nicht allein für seinen verletzten Ehrgeiz, er hatte auch um seine Ehre zu kämpfen. Er hatte für seine Familie zu sorgen. Das geliebte Bild hatte ihm ein halbes Jahr Arbeit gekostet, nur aber es noch nicht verkauft; er mußte zunächst doch wieder Kopien anfertigen und sich noch glücklich preisen, in den sich verheirateten Zeitverhältnissen wirtschaftlichen Niedertrampels überhaupt noch etwas zu verdienen. Er hatte das große Glück, diese prächtigen Verhältnisse angetroffen zu haben. Er genügte nicht dem Wohlstand, er wollte nur den bescheidenen Preis von monatlich 50 Pfennig betrag. Aus einer Hand von größeren und kleineren Gemälden hatte er zwei usgemacht, die nach dem Kanal Grande gingen, und sie mögen lassen. Das eine war sein Atelier, freilich, mit den Werken anderer Künstler verglichen, in denen der reichliche Kunst-

In Karlsruhe sind am Montag die Arbeitervereine in den Streik eingetreten. Die Arbeitervereine sind: 1. Einführung einer Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden; 2. ein Wirtsmallon von 40 Pf. pro Stunde; 3. für Überstunden ein Aufschlag von 25 Proz.; für Nacht und Sonntagsarbeit 50 Proz.; 4. bei Bararbeit ein Aufschlag von 1 M. 50 Pf. resp. 2 M.; 5. wöchentliche Vorkommission. **Schließung der Textilarbeiter.** Zur Zeit haben 300 Arbeiter in Breslau, 59 Arbeiter in Krefeld und 178 Arbeiter in Wollungen bei Rassel im Ausstand. Die Arbeiter in Breslau fordern einen Minimallohn von 18 M., die Arbeiter in Wollungen verlangen Verringerung der Arbeitszeit um 1 Stunde am Lohnhöhe von 10 Proz., die Arbeiter in Krefeld kämpfen gegen einen Lohnabzug von 15 Proz. Alle Ausständigen gebeten dem Verband der Textilarbeiter an. **Auf der Weiskirchen-Grube** in Schlefien wird jetzt durchgängig in Maschinenarbeiten gearbeitet. Warum geht es hier? Schöblich der Unternehmern ist es, der die allgemeine Einführung der Maschinenarbeiten verhindert. **Der Ausstand der Metallarbeiter** in der Metallwarenfabrik von Jung u. Dittmar in Salzgitten ist für die Arbeiter verloren gegangen. Der Jung ist noch fernhalten, da noch 50 Arbeiter in der Fabrik beschäftigt sind. Der Jung hat durch die in der Maschinenfabrik ausstehenden, da er die Rindungsfrist vorüber ist und die Arbeiter sich weigern, den Revolver, der den Austritt aus der Organisation fordert, zu unterbreiten. **Lohnbewegungen der Bauhandwerker.** In Offen befinnen sich von den 700 an 800 Bauhandwerkern 400 im Streik und 300 im Ausstand, 215 von den Ausständigen sind abgereist. **Der Zimmererstreik** in Rassel ist beendet, die Arbeiter haben sich mit einer Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde begnügt.

Ausland.

England. Die Situation im Kohlenrevier von Südbales ist noch ziemlich unruhig, doch nicht so, wie es die Lage in einer früheren Drama nach halbjährigen Friedensschluß bemerkbar. Handelsminister Ritchie hat sich bereit erklärt, Reputation in Sachen des Streiks zu empfangen und gegebenenfalls an einer Konferenz zwischen Unternehmern und Arbeitern selbst teilzunehmen.

Lothar und Provinzialen.

Walle a. S., 10. Mai 1898.

In der gestrigen geschlossenen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung machte sich gegen über der ursprünglich festgesetzten Tagesordnung eine bemerkenswerte Veränderung geltend. Die anberaumte Festlegung der Gehaltsverhältnisse für zwei Mitglieder des Magistrats (der beiden Herren Bürgermeister) kam z. B. nicht zur Verhandlung, wohl mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl, dagegen wurden Herrn Stadtrat Jernial 800 M. zu einer Aebeler bewilligt, nachdem vorher von der beabsichtigten definitiven Anstellung des die Nummer 5 tragenden und im II. Bezirk probeweise angestellten Polizeiergenten ohne Diskussion Kenntnis genommen war. Herr Stadtrat Jernial soll sich nach der Louende von Walf, die er jährlich als Gehalt bezieht, in äußerst präzisem wirtschaftlichen Verhältnisse befinden. Er hatte die 800 M. nur leihweise verlangt und sie sich in vierjährlichen Raten von 200 M. wieder abziehen lassen wollen. Der Magistrat stellte aber den Antrag, daß das Geld zu schenken. Seitens unserer Genossen wurde besonders hervorgehoben, daß es bedenklich ist, wenn man bei einem solchen Gehalt in so große Not kommen kann. Wenn die Arbeiter bei dem öffentlichen Lohn eine Zulage haben wollten, so würden sie als gesetzlich charakterisiert. Vom Magistratsseite wurde aber der Antrag einstimmig angenommen und ein bürgerliches Mitglied des Stadtverordneten-Rollzuges meinte, daß das Gehalt die Stadt als Arbeitgeberin nur ehren könne. Unsere Genossen waren wohl für die Ausgabe des Geldes als Darlehen, obgleich dazu die Stadtkasse eigentlich auch nicht da sei, verwiesen aber darauf, daß in Arbeiterkreisen trotz der großen Zahl der Beteiligten bei weitem nicht so oft der Fall zu verzeichnen sei, daß der Arbeitgeber sich durch gleichen Grobman „ehrt“. Daß über die Wünsche Jernials hinausgegangen worden sei, lege den Bedanken nahe, daß darauf spekuliert wird, es möge in gleichen Fälle anderen Herren mit demselben Maß gemessen werden. Es ist aber keinesfalls ehrenvoll, sich auf einer solchen Spekulation erlassen zu lassen. Jedoch, der Antrag des Magistrats wurde angenommen; hatte sich derselbe doch auch willfährig gezeigt, als es sich darum handelte, die Realisten herabzusetzen, während die besonders auf den niederen Schichten lastende Einkommensteuer in ihrer früheren Höhe verblieb. — Sodann wurde verhandelt über eine Anregung des

Fiskus, seitens der Stadt größere Hofanlagen zu schaffen. Es wurde dagegen eine starke Opposition laut, doch kam man zu dem Entschluß, eine Anstellungs- (Belet)Freist bis zum 1. Januar 1899 zu verlangen und im Falle der Bewilligung eine Kommission zur Bearbeitung der Sache einzusetzen. — Mit der Lage an der neuen Wollburggrabenstraße wurde ein Abkommen genehmigt, wodurch die gegenwärtige Grenz- und Besitz-Verhältnisse geregelt werden. Gegenständig ist, daß zwischen der neuen Straße und dem Logenrandstück noch kleine Teile festhalten Landes liegen. Der Magistrat wurde beauftragt, dahin zu wirken, daß diese Zwielf seitens des Fiskus der Stadt ebenfalls übergeben werden.

Zum Wahlkommissar für den Saalkreis ist auch diesmal wieder der Kandidat v. Werder ernannt worden. Offenlich verhält sich Herr Werder auch bei der diesmaligen Wahl so objektiv wie bei der Nachwahl 1896. Bekanntlich trat sein Verhalten im Jahre 1893 dazu bei, daß die Wahl im Jahre 1896 von der Wahlprüfungskommission des Reichstages für ungültig erklärt wurde.

Ein Klagegeld stimmt die Halle'sche Zeitung darüber an, daß die bürgerlichen Parteien im Saalkreise so kräftig sich „geammelt“ haben, daß drei Kandidaten aus der Egre rinnen, durchfallen zu dürfen. Ganz besonders grimmig kurtzt die Stimmbild der Antikemiten an, die, ohne sich vorher die Erlaubnis bei der konservativen und nationalliberalen Partei einzuholen, auf eigene Faust einen Kandidaten aufgestellt und dadurch die Sozialdemokratie indirekt unterstützt hätten. Sie lacht den Antikemiten klar zu machen, daß sie die Sozialdemokratie ohne ihre Stimme zu werden, wenn sie, anstatt den gemeinsamen Kandidaten der nationalen Parteien zu wählen, irgend eine Sonderkandidatur unterstützen“. Wie schlimm muß es doch in konservativen Lager ausfallen, wenn diese patentierten Ordnungungs- und Staatsräuber nicht einmal so viel innerliche Kraft besäßen, um durch eigene Macht ihrer allerdings sehr tall stehenden Sache einen gewissen Erfolg zu verschaffen. Aber die Halle'sche mag sich trösten, wenn der Rubeimittel-Kandidat Duwend, noch der Judenreifer Bekker oder der „liberale“ Stahlfabrikant Schmidt bei einer Stichwahl nicht sich ergeben lassen müssen. Die Arbeiterpartei des Saalkreises, die bei der 1896 er Nachwahl schon 41 Stimmen gegenkandidaten die Suppe verjähren hat, wird diesmal um so gründlicher dieses angenehme Geschick befragen. Auch darüber kann sich die Halle'sche hinwegsetzen, daß die Freisinnigen auf die Hilfe der Sozialdemokraten in der Stichwahl rechnen; ein solcher Gedanke ist einfach lächerlich, denn er legt voraus, daß im Falle einer Stichwahl die Sozialdemokratie dabei gar nicht mehr in Betracht käme. Wer mit solchen Argumenten freiben geht, mit dem ist einfach jede Diskussion ausgeschlossen. Die konservative Partei, die noch bei der vorigen Wahl zwei Kandidaten auf den Schild erhob und diesmal sich schmählich an die Nationalliberalen prostruierte, wird auch bei der diesmaligen Wahl von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei des Saalkreises genau so angefaßt werden, wie vor zwei Jahren.

Nichts Neues bei Brinzer. Die Lomty Arbeiterpartei, die die Herren Brinzer gestern erhofften, ist auch heute ausgefallen und vergebens wartet die Lomty in der Klemme stehende Firma darauf, von irgend einer Seite her Brinzer zu bekommen.

Zur Mauererbewegung. Bekanntlich hat die hiesige Baumgänger-Jungung im Februar d. J. beschlossen, vom 1. Mai ab einen Stundenlohn von 42 Pf. zu begehren. Wie uns nun aus den Kreisen der Bauhandwerker mitgeteilt wird, ist nur ein winziger Teil der Mitglieder der Baumgänger-Jungung diesem Beschlusse nachgekommen. Am Sonnabend, den 7. Mai, dem ersten Lohnzuge nach dem Antritt dieses Beschlusses, hat nur ein Fünftel der Jungungsmitglieder 42 Pf. begehrt, während der Rest nur 41 Pf. oder noch weniger ausgaben. Dieses Verhalten der Mauerwerke Jungung ist entschieden zu verurteilen, zumal gerade die jetzt eintretende Ertragung der Brot- und Fleischpreise eine Lohnhöhung auf alle Fälle notwendig macht. Haben doch schon vor längerer Zeit die hiesigen Mauerwerkbeschäftigten, zu geeigneter Zeit einen Stundenlohn von 45 Pf. durchgehoben. Und nun kommen die Jungungsmitglieder nicht einmal dem Beschlusse nach, den sie selbst haben, um etwaigen Differenzen vorzuziehen. Dies Verhalten hat in

3) Ist lieb sich vor dem Kammer entsetzten Ede ein langgelegener Seufzer vernehmen. Domestica, das Dienstmädchen, die von ihrer Herrin beauftragt war, auf das Kind wohl acht zu haben, hatte sich ausgefallen. Sie hatte mehrere Stunden auf dem unteren Lager sich wie ein Ferkel zusammenrollt. Man konnte unter dieser Kugel, eilt in der That fast ein menschliches Wesen vermuten.

Das Kind ist langsam taunter zu werden. Domestica lüster ein wenig das Tuch; zwei blühende Augenblicke kamen zum Vorschein. Ecco mi, da bin ich, mein Kindchen, da bin ich schlaflos! Ich bin so beschuldigen, ohne sich nur im geringsten zu rühren. Die Herrin ward dadurch sehr unruhig; so begann die Bagotte. Sie nennt mir die Mädchen aus Milano, die nach Rom gehen um dort in Dienst zu treten, eines ihrer Wüsten. Sie sang mit tief, heftiger Stimme, immer in derselben Stellung verharrend. Aber sie kam in ihrer Arie, zu der die kleine Marietta das freudigste Begleitinstrument lieferte. Das große Marietta, die nach dem Hofe ging, nach dem Hofe aufzugehen und die junge Mutter fragte herein.

Wah! ein ganzes Frauenbild! Die durste ein anschließende Kleidung, die sie nur allzu schlanke Kontur ihres Körpers gar wohl erkennen, und das dunkle einfaß gefaltet. Ganz kühnliche sie anfangen und etwas hübsche Wangen. Das große Marietta hatte in der letzten Jahren Fortschritt gemacht, ohne daß sie es ahnte; sie verlor wohl nicht und da die beängstigenden Symptome derselben, aber sie war nicht genug aufmerksamer auf sich selbst, um sie zu beachten. Der Ausdruck ihres schönen Gesichtes schien jetzt noch veredelt, es lag eine unerbittliche Bitterkeit in den leuchtenden Augen und in ihrem Mund offenbar lag darin die zärtliche Mutterfrage. Sie war an das Bettchen geeilt und ließ sich davor auf die Knie nieder.

„Sie meint, die Kleine, weshalb?“ rief sie, und angeblich bereit, sie sich neben sie, nach der Ursache ihres Unbehagens forschend. (Fortsetzung folgt.)

Die Fortschritte der Sozialdemokratie in der Provinz Sachsen.

Soweit die bei den Reichstagswahlen für sozialdemokratische Kandidaten abgegebenen Stimmenzahl eine Handhabe bietet zur Beurteilung der Fortschritte unserer Bewegung, gewähren die 20 Reichstagswahlkreise der Provinz Sachsen unter Befolgung aller Stichwahlen und Erststimmwahlen folgendes Bild:

Wahlkreis:	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893
Reg.-Bez. Magdeburg:									
Salswedel - Gardelegen	—	—	—	—	—	—	—	1355	705
Stendal - Osterburg	—	—	—	—	—	—	—	3537	2989
Jericho	—	—	37	—	—	282	473	2457	4376
Magdeburg	265	1208	2724	6253	5541	8112	11438	17261	16633
Helmstedt - Rathenow	—	—	50	401	133	175	1040	6118	5308
Wanzleben	738	144	726	1489	466	1393	1933	4673	5439
Aschersleben - Halbe	227	2594	4475	1016	298	2204	4837	12514	13630
Halberstadt - Osterleben	—	778	1376	1916	3195	3924	3164	6387	9881
Reg.-Bez. Merseburg:									
Lützen - Liebenwerda	—	—	—	—	—	—	33	1632	2242
Wittenberg - Schweinitz	—	—	—	—	—	—	—	74	942
Wittenberg - Dömitz	—	853	1361	563	153	214	1297	2580	4616
Galle - Saalfeld	68	1250	2323	1046	1137	3535	6500	12308	12991
Kansfelder See- und Gebirgskreis	—	—	—	—	—	—	40	2822	2710
Sangerhausen - Eudenberg	—	—	—	—	—	—	—	2396	3361
Merseburg - Querfurt	—	39	58	—	162	1123	4087	5002	5002
Zeitz - Weißenfels Raumburg	904	1889	2542	2142	1449	3520	5591	10563	11716
Reg.-Bez. Erfurt:									
Nordhausen	—	404	845	—	—	256	826	2874	3265
Heiligenstadt - Borbis	—	—	—	—	—	—	39	264	417
Mühlhausen - Langensalza	—	198	757	316	—	72	1059	3055	4897
Erfurt - Schleusingen	173	1480	2838	1856	1235	3366	3778	8721	10556
Gesamt:	2375	10798	20093	17056	13607	2725	43311	106158	12476

Eine sozialdemokratisch geleitete Krankenkasse

ist die in Barmen. Sie hat soeben ihren Jahresbericht veröffentlicht, welcher beweist, wie ausgezeichnet die Kasse wirkt, obwohl ihr mehr und mehr Schwierigkeiten zuzuwachsen gewissermaßen in den Weg gelegt werden. Aus einem längeren Artikel, den unser Elberfelder Baroneigen, Die Freie Presse, über den Jahresbericht veröffentlichen, heben wir folgendes hervor: Der geleitete Krankenfonds ist nicht nur erreicht sondern noch um 25000 M. überschritten worden. Die Kasse zählt über 21000 Mitglieder.

Besonders bemerkenswert sind die Ausführungen des Revisionsorgans der Kasse, Dr. Landmann, über die innerhalb der letzten sechs Jahre auf dem Gebiete der Krankenversicherung der Mitglieder erzielten Erfolge. Dieses Thema bildet, wie bereits den meisten Kreisen bekannt geworden, seit Jahren den Gegenstand besonderen Interesses bei Ärzten, Apothekern und ist aus dem Grunde für alle drei von besonderer Tragweite, weil die Provinz der Ruhr und noch einiger anderer Kreise auf diesem Gebiet zum erstenmal an einem großen Krankenmaterial den zunehmenden Beweis für die bedingte Wertlosigkeit der organisierten Krankenversicherung erbracht hat. Der Bericht lautet mit, daß die Krankenkosten pro Krankheitsfall von 265 M. im Jahre 1892 auf die Hälfte, nämlich 134 M. im Jahre 1897 herabgegangen sind, und daß sich die durchschnittliche Krankheitsdauer in derselben Zeit von 22,9 auf 17,2 Tage vermindert hat. Das sind allerdings Resultate und Tatsachen, die in den Augen jedes Denkers den Dogma von der Heilkraft der Arzneien einen starken Stoß berücken und die besondere Aufmerksamkeit jeder Krankenverwaltung auf diesen äußerst wichtigen Punkt hinlenken müssen, die andererseits aber auch nur zu gut den giftigen, barmherzigen daß erklären, mit welchem alle in jener Richtung sich bewegenden Bestrebungen von den großen und kleinen Pächtern der orthodoxen Staatsmedizin im Verein mit einem kapitalistisch vertriebenen Apothekerring verfolgt werden. Ganz besonders wird der Schmerz der Apotheker verständlich, wenn man beispielsweise aus dem Bericht erfährt, daß die Kasse gegenwärtig eine relative Minderausgabe für Arzneistoffen von rund 32000 M. pro Jahr zu verzeichnen und in den letzten sechs Jahren über 100000 M., die sie bei Fortdauer der früheren Zustände an die Apotheker hätte zahlen müssen, für die Mitglieder zu retten verstanden hat.

Der Bericht enthält dann noch Ausführungen über das schon so oft geäußerte, die Arbeiterinteressen empfindlich schädigende, wohl aber gerade deswegen mit hoher obrigkeitlicher Protektion und Förderung betriebene Stützen von Betriebskrankenkassen; darnach hat es den Anschein, als ob neuerdings die Unternehmer doch ein Paar in der Gesellschaft gefunden und die Last verloren haben, sich um der schönen Augen der Regierung willen noch weiter solche lästigen und verunsichernden Einrichtungen, wie eigene Kassen es sind, auf den Hals zu laden. Möge die. Erkennung bei allen denen plakatieren, die immer Zeit auf den Leim der Regierung getreten sind und nun darauf festhalten; zur Unterst. ist es ja niemals zu spät.

Einnahmen und Ausgaben der Kasse belaufen sich mit

439974 M.; der Betriebsfonds ist auf 348560 Mark gewachsen. Seit ihrem Bestehen hat die Kasse an rund 250000 Kranke für 1472000 Krankentage ein Kapital von etwa 4 Millionen M. verausgabt. Die Verwaltungskosten sind überaus gering.

Wenn man bedenkt wie unheimlich groß der Einfluß einer gut geleiteten, allgemeinen Krankenkasse auf die kommunale Armenpflege ist so muß man sich wundern, daß die Staatsverwaltungen nicht viel mehr als bisher auf eine Verschmelzung der verschiedenen und viel ersättigten Krankenkassen hinwirken. Hoch interessant ist beispielsweise die Thatsache, daß in Elberfeld, der Schwesterstadt von Barmen, das barmherzige Orskrankenkassenwesen noch fortbesteht und daß diese Kassen, obwohl sie ein Schiefes an Beiträgen mehr erheben, nämlich 3 Prozent des durchschnittlichen Tageslohns gegen 2 1/2 Prozent in Barmen, daß bei weitem in ihrer Leistungsfähigkeit hinter Barmen zurückstehen.

Tagessprüche.

Die Regierung weiß nichts, daß die unerhörte, die fliegenden Getreidepreise das Volk in seiner Ernährung in bedenklicher Weise schädigen. Auch Konserbatorien, Nationalherale und Zentrum lernen das Vorhandensein eines Notstandes. Der alljährlich mögliche Schaden, den eitel Großgrundbesitzer und Händler haben könnten, wiegt diesen Nutzen viel schwerer, als die schon heute offen zu Tage liegende Bedrängnis großer Volksklassen. Wie es damit steht, lehrt folgende Mitteilung der Breslauer Morgenzeitung:

Von Tag zu Tag wird das Brot kleiner oder teurer; der Bäcker, der den Preis nicht steigern will, vermindert das Gewicht, unter Konsumvermeidern, der das selbe Gewicht beibehält, erhöht den Preis. Im Juni vorigen Jahres folgte im Konsumvermeidern ein preisloses dunkles Brot 31 Pf., heute wird das selbe Brot mit 47 Pf. bezahlt; das viermalige weiße Brot folgte vor Jahresfrist 39 Pf., heute folgte es 50 Pf. Und die Preise, welche im Laufe einer Woche rasch (ungefähr 20 Proz.) in die Höhe gingen, werden voraussichtlich noch weiter steigen, denn abermals wird aus Berlin eine Preissteigerung von 2 M. pro Tonne gemeldet. Im Juni d. J. wurde die Tonne (20 Zentner) Roggen mit 110 M. bezahlt, heute ist sie auf 173 M. gestiegen. Das ist ein exorbitanter Preis. Der Wohlhabende wird ja von diesen Preissteigerungen nicht so sehr berührt, der ist verhältnismäßig wenig Brot und kann auch die hohen Preise bezahlen, ohne durch die für seine Klasse kaum merkbare Schwärzung bedrängt zu werden. Der arme Mann aber, der mitunter seiner zumeist recht zahlreichen Familie ein sehr leistungsfähiger Brotesser ist, verdirbt diese Preissteigerung an einem ohnehin recht mageren Vorkommen auf das empfindlichste. Jeder Hausvater, der eine Seite allzu hungertüchtigen Kindern auf zu kosten hat, steht mit Sorgen in die Zukunft, denn auch die Kartoffeln, diese einzige piece de resistance (Hauptstapel) auf dem Tische des kleinen Mannes, bestimmen unangenehm teuer zu werden.

Hier ist wirkliche Not. Ihr aber steht gegenüber die ausgebildete Not der Junker. Diese aber haben das Ohr der Minister. Die Konsequenz ist, daß — die Getreidepreise nicht aufgehoben werden. Die Antwort der Volksmassen wird am 16. Juni erfolgen.

Arbeiterfahrt im Baugewerbe.

Die organisierte baugewerbliche Arbeiterschaft ist bekanntlich seit Jahren bemüht, einen ausreichenden reichsgesetzlich geregelten Schutz gegen Gefahren für Leben und Gesundheit der Bauern Beschäftigten zu erreichen. Sie hat

diese wichtige Frage ausgesetzt sowohl in ihrer Presse als auch in ihren Versammlungen und auf ihren Kongressen erörtert. Diese Erörterungen haben zur Einreichung von bezüglichen Petitionen an die Reichsregierung und den Reichstag geführt. Erfolg haben diese Bemühungen aber bis jetzt leider noch nicht gehabt, was sich vollständig daraus erklärt, daß der angelegte Arbeiterdamm ohne Durchschneidung der Unternehmerinteressen nicht konstruiert und durchgeführt werden kann. Die maßgebenden Kreise sind ja stets geneigt, die Interessen des Unternehmers möglichst zu schonen, ohne Rücksicht darauf, daß daraus den Arbeitern die schwersten Schädigungen erwachsen.

Während die Regierung dem Geschehen der Bausitzer nach Erwerbsprivilegien ein mildes Ohr leiht, widmet sie der Erfüllung solcher Arbeitsforderungen, die nicht anderes bezwecken, als gesetzliche Garantien dafür zu schaffen, daß die § 120 a der Reichsgewerbeordnung generell konstruierte Schutz-Fürsorgepflicht auch wirklich in ausreichender Weise genügt wird.

Trotz jener Gesetzesbestimmung ist die Unfallversicherung im Baugewerbe tatsächlich mehr oder weniger der willkürlichen Entscheidung der Unternehmer überantwortet. Die Arbeiter der Baubetriebe, welche der Gewerbeaufsicht unterliegen, haben wenigstens den Vorteil, daß gewissenhafte Aufsichtsbearbeiter auf die Abstellung der Mängel in den Betrieben hinwirken bezw. die Abstellung erzwingen können.

Diesem Vorteil haben aber die Bauarbeiter nicht. Denn auf die Baubetriebe erstreckt sich die Gewerbeaufsicht nicht, trotzdem dieselben der ständigen, gesetzlichen Kontrolle in erster Linie mit bedürfen. Ein Vergleich dieses Verhältnisses kann nicht darin gesehen werden, daß die Baugewerks-Berufsgenossenschaften Unfallversicherungsbedingungen erlassen und ihre Mitglieder auf Beobachtung derselben verpflichtet haben. Wahrscheinlich belanglos ist auch die diesbezügliche Kontrolle der Baubetriebe durch die Berufsgenossenschaftsorgane. Die stetig sich mehrenden Unfälle im Baugewerbe sind ein überzeugender Beweis dafür, daß die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsprognose alles zu wünschen übrig läßt. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, der Umstand, daß nicht einzelne Unternehmer, sondern die Berufsgenossenschaft, die Unfallversicherungspflicht für Unfälle ist, veranlasse die Unternehmer, im finanziellen Interesse ihrer Berufsgenossen auf die Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben bedacht zu sein. Genau das Gegenteil ist der Fall: Der einzelne Unternehmer kümmert sich um die Punkte des Arbeiterschutzes um so weniger, als die Berufsgenossenschaft für die Unfallversicherung einzustehen hat. Das ist eine Erfahrungstatsache, über die der Eingeweihte sich durch eigene Beobachtungen nicht hinwegsetzen läßt.

In Rücksicht auf alle diese Verhältnisse hat die baugewerbliche Arbeiterschaft in ihrem eigenen Interesse um so mehr die Pflicht, unaufhörlich und energisch, nach einem festen Plan und unter Vorbehalt bestimmter Gesichtspunkte auf den Weg reichsgesetzlicher Schutzbestimmungen hinzuwirken.

Diese Erwägung ist bestimmend dafür gewesen, daß in Hamburg sich eine freie Kommittee unter dem Namen:

„Kommittee für Bauarbeiterchutz“

gebildet hat welche die dringliche Propaganda organisiert, fördern und zum Ziele führen will.

Dieses Unternehmen hat zweifellos die volle Sympathie der Berufsgenossen, Besonnen und aller wirklichen Menschenfreunde. Die Arbeiter, die bei Ausübung ihrer gefährlichen Tätigkeit Tag für Tag ihr Leben in die Schanze schlagen, müssen verlangen, daß ihnen ausreichender Schutz durch Reichsgesetz garantiert wird; die Arbeiter müssen verlangen, daß sie ein entscheidendes Wort mitzureden haben bei der Festlegung der Schutzvorschriften; die Arbeiter müssen auch verlangen, daß ihnen eine bestimmte Mitwirkung bei der Überwachung der Schutzvorschriften gesichert, ein gesetzlicher Rückhalt gegeben wird bei der notwendigen Unterstützung der angeleitenden Kontroll- oder Revisionsbeamten.

Die Kommission ist sich nun vollständig bewußt, daß noch geraume Zeit vergehen wird, bevor der gesetzlich Arbeiterdamm zur Geltung kommt. Darum müssen die Bauarbeiter bereits jetzt, alles ihnen bisher Bekannte nicht nur voll auszunutzen, sondern zu vervollkommen zu suchen. Hierbei kommen in erster Linie die Hauptforderungen für eine feste Orde und Befehle, sowie die auf den Gerüstbau und sonstige Schutzbestimmungen Bezug haben, in Betracht. Damit auch auf diesem Gebiete streng planmäßig vorgegangen wird, will die Kommission Normvorschriften ausarbeiten und auch sofort den Berufsgenossen mitteilen und Tat an die Hand gehen. Durch mehrfache, mehrmals wöchentlich Baukontrollen seitens der Arbeiter müssen die Mängel des Baugewerks sofort bemerkt werden, damit die Behörden nicht ungenügend, helfen eingreifen.

Neben der Förderung des direkten Schutzes gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter erachtet die Kommission als weitere Aufgabe für sich, dem von den Bausitzern geforderten „Beschäftigungsnachweis“ ein ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden. Wie allseitig bekannt sein dürfte, machen die Baugewerksbestimmungen in den letzten Zeit kampfbereite Anstrengungen in der Presse und den Parlamenten, um wenigstens für das Baugewerbe den Beschäftigungsnachweis zur Einführung zu bringen. Bei dieser Gelegenheit entwidnen sich die Baugewerksbestimmungen nicht, die sonst von ihnen betrieblene Siegerma der Unfälle ihren Zwecken dienlich zu machen. Die Bestreuer des Beschäftigungsnachweises wollen der Welt glauben machen, die Verhütung der schweren Unglücksfälle werde nicht passier, wenn der geordnete Beschäftigungsnachweis für das Baugewerbe eingeführt gewesen wäre. Dies ist Furcht!

